

25.11.2009 - 10:45 Uhr

Ein Viertel des Strompreises sind öffentliche Abgaben

Aarau (ots) -

Der Schweizer Strompreis bestand 2007 durchschnittlich zu rund einem Viertel aus öffentlichen Abgaben. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE und vom BFE in Auftrag gegebene Studie.

2007 gingen vom durchschnittlichen Strompreis von 14.5 Rp./kWh fast 4 Rp./kWh an die öffentliche Hand. Davon entfielen 1.5 Rp./kWh auf nicht stromspezifische ordentliche Steuern, die jedes Unternehmen bezahlen muss (Mehrwertsteuer, Ertrags- und Gewinnsteuern). 0,6 Rp/kWh entfielen auf den Wasserzins, 0,56 Rp/kWh auf Konzessionen und ähnliche Abgaben, 0,42 Rp/kWh auf Rückstellungen mit Eigenkapitalcharakter, 0,30 Rp/kWh auf Gewinnablieferungen an öffentliche Eigentümer und 0,57 Rp/kWh auf weitere Abgaben. Bereits 1996 hatte der VSE eine ähnliche Studie in Auftrag gegeben.

Vergleicht man die Ergebnisse beider Studien, zeigt sich Folgendes: Der durchschnittliche Endverbraucherstrompreis ist in diesem Zeitraum nominal um 15% gesunken (von 17.0 auf 14.5 Rp./kWh), ebenso wie die Belastung durch das öffentliche Gemeinwesen, die um 12% (von 4.46 auf 3.92 Rp./kWh) abgenommen hat. Da der Stromverbrauch seit 1996 um rund 20% zugenommen hat (1996: 48,7 GWh, 2007: 57,4 GWh), ist die Summe der Abgaben gesamthaft um 7% angestiegen,

Der VSE weist darauf hin, dass die Strompreise heute dank den Effizienzanstrengungen der Branche und dem verschärften Wettbewerb im Vorlauf der Liberalisierung tiefer sind als zu Beginn der Liberalisierungsdiskussion 1995. Verschiedene Vorlagen, die momentan auf nationaler Ebene diskutiert werden, könnten nun zu Erhöhungen von bis zu 44% der öffentlichen Abgaben und damit um bis zu 12% steigenden Strompreisen führen mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft. Auch das Potenzial von Strom mit Wärmepumpen und Elektromobilen, das entscheidend zu einer höheren Gesamtenergieeffizienz beiträgt, würde somit aufs Spiel gesetzt.

Für das BFE dient die vorliegende Studie als Grundlage für allfällige weitere Untersuchungen der öffentlichen Abgaben im Strombereich, die im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zur Revision des Stromversorgungsgesetzes erfolgen werden.

Die Studie beruht auf der Befragung von 37 Energieversorgungsunternehmen. Sie wurde von der BSG Unternehmensberatung in St.Gallen in Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen VSE und dem Bundesamt für Energie BFE durchgeführt.

Alle Unterlagen zur Medienkonferenz unter:

<http://www.strom.ch/de/medien/medienmitteilungen.html>

Kontakt:

Dorothea Tiefenauer
Bereichsleiterin Kommunikation & Personal
Tel.: +41/62/825'25'24
Mobile: +41/79/642'11'41
E-Mail: dorothea.tiefenauer@strom.ch

Anita Kendzia
Ressortleiterin PR-Projekte

Tel.: +41/62/825'25'30
Mobile: +41/79/344'14'69
E-Mail: anita.kendzia@strom.ch

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Hintere Bahnhofstrasse 10
5001 Aarau
Internet: www.strom.ch

Marianne Zünd
Leiterin Kommunikation
Tel.: +41/31/322'56'75
Mobile: +41/79/763'86'11
E-Mail: marianne.zuend@bfe.admin.ch

Bundesamt für Energie BFE
3003 Bern

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003757/100594364> abgerufen werden.